

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam
Die Kontroverse zwischen Herrschaft und Alltag in der DDR-Aufarbeitung

Tagung: „Repression und Eigensinn“. Historisch-politische Bildung zur DDR im Spannungsfeld zwischen Biographien und Herrschaftssystem, LISUM/FES Berlin, Hiroshimastraße, 3. März, 9.00

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Kontroverse zwischen Herrschaft und Alltag in der DDR-Aufarbeitung lautet das mir gestellte Thema, und ich habe den begründeten Verdacht, dass ich dafür nicht der bestmögliche Referent bin, präziser: dass Sie mit mir den Bock in seiner Eigenschaft als Gärtner erleben. Schließlich habe ich selbst in diese Debatte eingegriffen, und ich bin in ihr einem bestimmten Standpunkt zugeordnet worden, so dass ich in der Reflexion über die Debatte nicht von meiner Rolle in ihr abstrahieren kann.

Allerdings ist dies ein Problem der Zeitgeschichte als Wissenschaft überhaupt: Sie sieht Historiker notwendig in der Doppelrolle von wissenschaftlichem Beobachter und mithandelndem, mitfühlendem Akteur – sei es bloß als Zeitzeuge, der persönliche Erfahrung und fachliche Erkenntnis zusammen bringen muss; sei es als Teilnehmer in der öffentlichen Debatte, wie ich es in bezug auf unser Thema erlebte; sei es als beratender Experte bei geschichtspolitischen Entscheidungen. Die Hilfsmittel, die uns in diesem Konflikt zur Verfügung stehen, lauten Transparenz und Metareflexion – also Offenlegung des eigenen Standpunkts, der eigenen Perspektiven, des eigenen Herkommens auf der einen Seite; analytische Distanzgewinnung und Reflexion auf die historische Entwicklung der Maßstäbe, Rahmenbedingungen, Leitmotive der Vergangenheitsvergegenwärtigung auf der anderen Seite. Beides will ich in unserer heutigen Diskussion um das Verhältnis von Diktatur und Alltag zur Geltung zu bringen versuchen.

I.

Nach dem Zusammenbruch der DDR kreiste die Diskussion zunächst vor allem um die Frage, wer die DDR erforschen dürfe: Wem gehört die DDR-Geschichte, lautete die paradigmatische Frage nach 1990, die einher ging mit der Delegitimierung und Abwicklung der alten DDR- Geschichtswissenschaft und partiell auch der alten DDR-Forschung im Westen. Diese fachmoralische Frage endete in meiner Wahrnehmung mit der Feststellung des damaligen Akademie-Präsidenten Dieter Simon, dass auch schlechte Menschen gute Historiker sein könnten. Sie stand aber zugleich in Verbindung mit der fachlichen Grundsatzfrage, welchem der beiden anderen Großordnungen des 20. Jahrhunderts die DDR typologisch näher stünde: der Bundesrepublik oder der NS-Diktatur. Besonders Vertreter der alten DDR-Eliten fanden allein die Vorstellung, die sozialistische DDR mit dem nationalsozialistischen „Dritten Reich“ in eine vergleichende Beziehung zu rücken, einen fachlich verbrämten Schimpf des historischen Siegers, der dem antifaschistischen Selbstverständnis der DDR Hohn spreche und die Lebensleistung ihrer oftmals durch KZ und Verfolgung gegangenen Trägerschichten missachte.

Umgekehrt erlaubte das totalitarismustheoretisch fundierte Zusammenrücken von NS-Staat und SED-Staat neben einer scharfen Distanzierung von den konvergenzstrategischen Denkmustern einer entstalinisierten und kommode gewordenen Diktatur die Fokussierung auf die vielen Kontinuitäten zwischen beiden undemokratischen Regimen. Nachdem im Laufe der neunziger Jahre sich der wissenschaftliche Gemeinplatz durchsetzen konnte, dass die vergleichende Analyse von Ähnlichkeiten und Unterschieden eine historische Grundoperation ist, deren Legitimität allein von der jeweiligen Fragestellung abhängt, aber jedenfalls keine Gleichsetzung impliziert, verlagerte die Debatte um den Charakter der DDR sich und rückte nun stärker den Begriff in das Zentrum, auf den die zweite deutsche Diktatur zu bringen sei: eine totalitäre Linksdiktatur oder eine moderne Diktatur, eine Fürsorgediktatur, eine Konsensdiktatur.

Gegenwärtig befinden wir uns in einer dritten Phase, in dem nicht mehr der fachwissenschaftliche Diskurs im Vordergrund steht, sondern die öffentliche Erinnerungskultur. Einen wesentlichen Anstoß bildeten die 2006 veröffentlichten Empfehlungen einer Expertenkommission, die eine Debatte um die Frage auslösten, welche Bedeutung der DDR-„Alltag“ in der künftigen Erinnerung an DDR haben dürfe und solle. „Die Stasi dürfte doch wohl charakteristischer für die DDR gewesen sein als die Kinderkrippen“¹, lautete das Argument, das der Empfehlung der Expertenkommission entgegengehalten wurde, der DDR-Gesellschaft und ihrer Lebenswelt einen breiteren Platz in der zukünftigen Aufarbeitung einzuräumen. Kritiker verwahrten sich entschieden dagegen, dass „dem Alltag und den Bindungskräften in der kommunistischen Diktatur durch staatlich finanzierte Einrichtungen verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt“ werde, und werteten die „aufdringliche Homöopathisierung der ostdeutschen Diktaturgeschichte“ als Verharmlosung der politischen Realitäten in einer unfreien Gesellschaft.² Der Kommission wurde vorgehalten, die SED-Diktatur als einen von Repression und Teilung ‚künstlich getrennten‘ Streichelzoo ‚positiver Bindungskräfte‘ auszumalen. Ich wies diese Kritik zurück und unterstrich öffentlich, dass das Kommissionspapier nicht einen vermeintlichen Alltag *neben* der Diktatur, sondern den Alltag *in* der Diktatur im kollektiven Gedächtnis verankern helfen und damit zugleich auch an die bekanntlich nicht auf Mauer, Stacheldraht und Verfolgung beschränkten Erinnerungswelten vieler Ostdeutscher anknüpfen wollte. Denn, so mein Argument, eine Erinnerungspolitik, die sich der kommunikativen Erinnerung an die gelebte DDR verweigert und die vierzigjährige Diktaturvergangenheit in Ostdeutschland auf ihre menschenverachtende Brutalität reduziert, steht in Gefahr, ihre Adressaten an die Weichzeichner des SED-Regimes und Propagandisten einer besonnenen Vergangenheit zu verlieren.

¹ Horst Möller, Trabi, Stasi, Kinderkrippen. Das Gedenken an das SED-System wird neu geregelt. War die DDR nur ein Unterdrücker-Staat? Gab es einen normalen Alltag? Ein Zwischenruf, in: Rheinischer Merkur, 22.06.2006.

² Ines Geipel, Kleine, graue, miese DDR - Das Expertenpapier zur Aufarbeitung der SED-Diktatur markiert keinen Paradigmenwechsel, in: Die Welt, 9.6.2006.

Als der unter Einbezug der Kommissionsempfehlungen erarbeitete Entwurf der Bundesgedenkstättenkonzeption der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, fand sich das Verhältnis von Alltag und Diktatur allerdings etwas anders akzentuiert.

Der von dem nunmehrigen Staatsminister Bernd Neumann und seinem Abteilungsleiter Hermann Schäfer präsentierte Entwurf bemühte sich, den Alltag ganz als Instrument der Diktatur zu fassen und jeden Verdacht einer möglichen Weichzeichnung ihres repressiven Charakters zu zerstreuen: „Das Thema ‚Alltag in der DDR‘ wird berücksichtigt, um einer Verklärung und Verharmlosung der SED-Diktatur und jeder ‚Ostalgie‘ entschieden entgegenzuwirken. Bei der Behandlung dieses Themas müssen Begrifflichkeiten geklärt werden: Darstellungswürdig sind nicht die vermeintlichen ‚Bindungskräfte‘ der DDR, sondern das ‚Angst-Anpassungssyndrom des Alltags (Joachim Gauck).“³

In der öffentlichen Anhörung zu diesem Entwurf der Gedenkstättenkonzeption wies ich darauf hin, dass der faktische Verzicht auf die Alltagsdimension eine eklatante Schwäche darstelle. Die hierzu im BKM-Papier getroffenen Aussagen sind nicht auf der Höhe des fachlichen Erkenntnisstandes. Die Distanzierung von den nur „vermeintlichen Bindungskräften der DDR“ und deren rhetorische Umwandlung in ein bloßes „Angst-Anpassungssyndrom des Alltags“ geht eklatant an der Realität einer kommunistischen Mobilisierungsherrschaft mit ihrem Millionenheer von Parteimitgliedern, Geheimnistägern, Machtteilhabern und Nutznießern vorbei. Auf die NS-Herrschaft übersetzt, würde die Rückkehr zu einem solchen dämonologischen Paradigma einer Entlastung von der „dem Führer entgegenarbeitenden“ Gesellschaft (Ian Kershaw) und der von ihr getragenen Radikalisierungsdynamik zugunsten einer mythisierenden Alleinverantwortung Hitlers und seiner Helfer gleichkommen, die den Ertrag von mehreren Jahrzehnten der NS-Forschung kassieren würde. Eine solche Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption würde in bezug auf die DDR einen Graben zwischen der staatlichen Gedenkpolitik und der internationalen wissenschaftlichen Kommunismusforschung aufreißen, die die Interaktion von Herrschaft und Gesellschaft in kommunistischen Diktaturen in zahllosen Untersuchungsprojekten erforscht und theoretisch fundiert hat.

Die schließlich verabschiedete Gedenkstättenkonzeption des Bundes trug dieser Kritik in gewisser Weise Rechnung und formulierte etwas zurückhaltender: „Der Stellenwert der Erinnerung an das Alltagsleben in der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ist umstritten. Um einer Verklärung und Verharmlosung der SED-Diktatur entgegenzuwirken und die Auseinandersetzung mit ihr nicht von der Erinnerung an die individuellen Biographien abzutrennen, ist das alltägliche Leben im Kontext der Diktatur darzustellen. Es muss deutlich werden, dass die Menschen in der DDR einer umfassenden staatlichen Kontrolle unterlagen und einem massiven

³ Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen. Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption, Entwurf 22.6.2007, S. 13.

Anpassungsdruck ausgesetzt waren, ebenso wie die Diktatur ihre Macht auch aus der Mitmachbereitschaft der Gesellschaft schöpfte.

Die Instrumente und Mechanismen, derer sich die SED bediente, um die gesamte Gesellschaft und das Leben der Menschen in all seinen Bereichen ideologisch zu durchdringen, sollen benannt werden – von der Kinderkrippe über die Schule und die Universität bis hin zur Arbeitswelt und zur Freizeitgestaltung. Zugleich muss dokumentiert werden, wie und wo sich Menschen in der DDR dem Zugriff der Partei zu entziehen suchten.“⁴ Erst in diesen Tagen hat die Debatte um Herrschaft und Alltag in der Diktatur einen gewissen Abschluss gefunden. Das im Januar als Entwurf zur Diskussion gestellte Konzept der brandenburgischen Landesregierung „Geschichte vor Ort: Erinnerungskultur im Land Brandenburg für die Zeit 1933 bis 1990“ misst der zukünftigen „Überwindung des Gegensatzes einer privat erzählten Alltags- und einer öffentlich vermittelten Repressionsgeschichte hohe Priorität zu (S. 40) und befindet für beide Diktaturen, dass es „von großer Bedeutung (sei), sich intensiver als bisher den Auswirkungen ‚großer‘ Politik auf das Alltagsleben der Menschen zu widmen (S. 101) Dabei gilt dem Konzept zufolge: „Die Frage nach dem Verhältnis von Unterdrückung und Bindekräften, verstanden als Angebote der Identifikation, stellt keinesfalls eine Verharmlosung der in Diktaturen ausgeübten Repression dar. [...] Erst über die Aufarbeitung und Darstellung der Alltagsgeschichte erschließen sich die Funktionsbedingungen und Herrschaftspraktiken des Systems insgesamt.“ (S. 64 u. 73)

Damit scheint die Kontroverse vorerst entschieden und die öffentliche Auseinandersetzung um das Verhältnis von kommunistischer Diktatur und sozialistischem Alltag in der DDR an einen gewissen Endpunkt gekommen, zumal nach dem Dokumentationszentrum zur Alltagskultur in Eisenhüttenstadt nun auch in Berlin gleich an drei Stellen Initiativen zur Musealisierung und Kontextualisierung von sozialistischer Alltagskultur entstanden sind, nämlich in wenig befriedigender Form im DDR-Museum an der Spree in Mitte, im Tränenpalast am Bahnhof Friedrichstraße und in der Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg.

Das Abklingen der polemischen Debatte schafft Raum für die Frage, wie ergiebig die verschränkende Betrachtung von Regimewelt und Lebenswelt überhaupt sein kann und warum es so lange dauerte, bis sie öffentliche Anerkennung erfuhr. Darauf will ich im weiteren eine Antwort suchen.

II. Fachliche Ergiebigkeit der alltagsgeschichtlichen Perspektive

Dass der Streit um den Alltag fast zwanzig Jahre nach dem Untergang des SED-Regimes so schrill geworden ist, hat zunächst damit zu tun, dass das Alltagsleben in der DDR weitgehend aus dem Bewusstsein der Gegenwart geschwunden ist.⁵

⁴ Ebd., Fassung vom 18.6.2008.

⁵ Mein Vortrag folgt in dieser Passage dem Beitrag: Martin Sabrow, Herrschaft und Alltag in der DDR, in: Parteidiktatur und Alltag in der DDR. Aus den Sammlungen des Deutschen Historischen Museums, hg. v. Regina Falkenberg/Carola Jüllig/Jörn Schütrumpf, Berlin 2007, S. 10-19.

Wenig ist geblieben von den Zeugnissen des alltäglichen Lebens in der ostdeutschen Gesellschaft vor 1989. Vergangenheit sind „Radio DDR“ und „Aktuelle Kamera“, entsorgt die grauen Sandalen und das Dederonkleid und verklungen die Wortkaskaden der Parteisprache, zum „Team“ das „Kollektiv“ geworden und zum „Hamburger“ die „Grilletta“. „Wie war der Alltag in der DDR?“, lautete die Frage, die ein Berliner „Verein zur Dokumentation der DDR-Alltagskultur“ im Sommer und Herbst 2003 an 141 Bürger richtete. Die Antworten fielen blass und unsicher aus: 70% der Befragten antworteten mit „ruhig“; 20% fanden den Alltag rückblickend „trist“, und etwas mehr als 10% gestanden ein, dass sie es nicht mehr so genau wussten.

Die Erinnerung an die gelebte DDR schließt die Hoffnungen, Enttäuschungen und Erfahrungen ein, aus denen hervorging, was man heute ist. Der Wunsch, sich im eigenen Werden wieder erkennen zu wollen, bedeutet zugleich die Weigerung, sich die Kindheitsgeborgenheit von der Diktaturvergangenheit abspenstig machen zu lassen. Er heftet sich an „Pittiplatsch“ und „Schnatterinchen“, an den Klang der Zigarettenmarke „Duett“ und an den Geruch von Lysol, an den Geschmack von Letscho und Clubcola, an das Comic-Magazin „Frösi“ und an die Fernsehzeitschrift „ff dabei“, an die Milchpause in der Schule wie an den Pioniernachmittag und das Maßband von Entlassungskandidaten in der NVA. Die bis zum Reliquienkult reichende Sehnsucht nach der Aura des Ostens verspricht Orientierung in einer kontingenten Welt, indem sie Auskunft über das eigene Herkommen gibt: „Wenn Du wissen willst, wie Westkindheit war, dann gehst du und kaufst dir 'ne Kinderschokolade. Aber meine Kindheitsbonbons gibt's nicht mehr.“ Vielfach verbindet sich die im Rückblick wärmende Erinnerung an die besonnte Vergangenheit zugleich auch mit den politischen Träumen der Unwandelbaren, die noch im vergeblichen Kampf um „den Erhalt des international anerkannten SERO-Systems“ die Unterwerfung der DDR unter die übermächtige Bundesrepublik erleben: „Die Sammlung der Sekundärrohstoffe war ein Stück lebendiger DDR-Geschichte und brachte erheblichen ökonomischen und ökologischen Nutzen. Aus der Sicht unseres Hauses diente sie außerdem dem Zusammenwachsen der Hausgemeinschaft und förderte den Gemeinschaftssinn.“

Der DDR-Alltag ist allerdings mehr als ein Zeuge der Anklage gegen die Kälte des siegreichen Westens. Nicht weniger wichtig ist das Verständnis der DDR als eine in zwei Sphären geteilten Gesellschaft, die Günter Gaus aus seiner Wahrnehmung der DDR als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin entwickelt hat. Hier wird die „mitteldeutsche Nischengesellschaft“ zum „bevorzugte[n] Platz der Menschen drüben, an dem sie Politiker, Planer, Propagandisten, das Kollektiv, das große Ziel, das kulturelle Erbe - an dem sie das alles einen guten Mann sein lassen, Gott einen guten Mann sein lassen und mit der Familie und unter Freunden die Topfblumen gießen, das Automobil waschen, Skat spielen, Gespräche führen, Feste feiern kann. Und überlegen, mit wessen Hilfe man Fehlendes besorgen, organisieren kann, damit die Nische noch wohnlicher wird.“

Gaus wollte damit die privaten Winkel der Bürger keineswegs zur Resistenzzone einer strikten Verneinung der Staats- und Parteiwelt erheben, sondern sprach im Gegenteil von den „Nischen innerhalb des Sozialismus der DDR“, in denen „im Laufe der Jahrzehnte mehr Fakten, Vorstellungen und Maßstäbe des real existierenden Sozialismus heimisch geworden [sind], als allen Nischenbewohnern immer bewusst ist.“ Dennoch betont sein rasch populär gewordenes Modell zweier Welten doch die Ventilfunktion des ostdeutschen Alltags, der die Herrschaft erträglich machte, weil er ihr auf Zeit zu entrinnen erlaubte – in der abendlichen Westemigration auf dem Fernsehbildschirm, im FKK-Urlaub auf dem Campingplatz, in der Gartenzwergidylle der Schrebergartenkolonie. Die vom SED-Regime zunächst als eine individualisierende Übergangserscheinung abgelehnten Laubenpieper bauten sich, wie eine jüngere Studie aus ostdeutscher Sicht hervorhob, in ihren Gärten „eine eigene Welt, ein Stück Heimat, an dem sie hingen, unabhängig davon, ob sie gerade geschmäht, beargwöhnt oder hofiert wurden.“

Nun schließen sich Alltag und Diktatur keineswegs gegenseitig aus. Gerade in der sozialen Verinnerlichung diktatorischer Herrschaft und in der eingeübten Bereitschaft zum Gehorsam liegt eine wesentliche Ursache für die Stabilität moderner Diktaturen des 20. Jahrhunderts, und der Austragungsort über Festigkeit und Brüchigkeit diktatorischer Herrschaft ist der Alltag, in dem auch das willigste Werkzeug der Macht sein jeweils eigenes Auskommen mit der Forderung von oben zu suchen hat: „Mein Mann ist von Beruf Bergbauingenieur. Er ist nach Berlin an die Bauakademie gekommen und war beim Ministerium für Bauwesen. Dann hat er sich noch mal um ein Studium bemüht an der Humboldt-Universität und wurde auch immatrikuliert. Aber ihm wurde gesagt: ‚Das Studium brauchst Du nicht. Du machst dafür eine andere Schulung mit, Psychologie, Menschenführung ...‘ Und er sagte: ‚Wenn Ihr denkt, dann mache ich das.‘ Das hat er dann gemacht. Eines Tages kam er nach Hause und meinte, dass er anderswohin müsse. Er hätte eine Nummer bekommen, wo er sich einfinden müsse zu einer bestimmten Zeit. Und als er abends nach Hause kam, druckste er rum. Ich ging dann mit ihm spazieren. Er erzählte: ‚Du weißt natürlich von nichts. Über Ostern soll da ein Passierscheinabkommen getroffen werden für kurze Zeit. Ich soll da mitmachen in den Büros.‘ ‚Wenn Du denkst, dann mach‘. Meine Unterstützung hast Du.‘ Er war berufen worden, hatte eine neue Aufgabe bekommen und das war auch was, was so anezogen war, und es lockte das Neue. Man sagt ja, der Mensch wächst mit seinen Aufgaben. Das Pfingstabkommen kam, und aus der kurzen Zeit wurden 18 Jahre, und man hat sich damit abgefunden, mit den Wochenenddiensten, damit, dass er bis spät abends unterwegs war und dass man niemandem etwas erzählen durfte.“

Hinter der scheinbar diametralen Entgegensetzung von Regime und Gesellschaft im Staatssozialismus verbirgt sich im Alltag der gesellschaftlichen Beziehungen eine vielgestaltige Mischung von konflikträchtigen Machtkonstellationen, die sich täglich neu herstellten und zwischen den Polen bereitwilliger Anpassung und kategorischer Ablehnung eine breite Zone des alltäglichen Arrangements schufen.

Was kann die Beschäftigung mit dem DDR-Alltag unter dieser Voraussetzung sichtbar machen? Sie offenbart in schlagender Weise die Differenz von totalitärem Anspruch und differenzierter Realität der sozialistischen Diktatur.

Das Leben in der DDR war nicht nur „befremdlich anders“ als auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, wie sich nach 1989 und dem Abklingen der Vereinigungseuphorie herausstellte; es war auch befremdlich anders, als es am Sitz der SED-Führung in Berlin-Mitte geplant und wahrgenommen wurde. Zu keiner Zeit bildete sie eine „homogene Gesellschaft der Staatsangestellten“, sondern blieb ungeachtet des staatlichen Homogenisierungsanspruchs eine zerklüftete Gesellschaft unterschiedlicher Milieus und konstitutiver Widersprüche, in der politischer Bevormundungsanspruch und funktionale Differenzierung sich kreuzten und staatliche Steuerungsdefizite durch informelle Netzwerke kompensiert werden mussten.

Mehr noch kann die Beschäftigung mit ostdeutschen Lebensweisen als „Alltagsgeschichte des Politischen“ zur Lösung des großen Rätsels beitragen, das die vierzigjährige Existenz einer ostdeutschen Parallelgesellschaft aufwirft: Sie kann zu verstehen helfen, weshalb die eben nicht nur auf die Spitze der Bajonette gestellte Macht des Regimes so dauerhaft war, obgleich die Zahl seiner entschiedenen Anhänger wohl zu keiner Zeit die Mehrheit der Bevölkerung ausmachte und spätestens seit den achtziger Jahren noch unter der seiner entschiedenen Gegner lag. Der Alltag war der Ort, an dem staatliche Macht und soziale Lebenswelt in täglicher Begegnung aufeinander trafen, sich aneinander abarbeiteten und miteinander arrangierten, aber auch wechselseitig bestätigten und womöglich vorantrieben. Eine erfahrungsgeschichtliche Studie zum DDR-Wohnalltag im vogtländischen Reichenbach kommt zu dem Ergebnis, dass das eigen-sinnige Handeln vieler DDR-Bürger in den Nischen des Wohnens und die Herrschaft der SED sich gegenseitig stützten und vielfach bedingten. Die Autorin begründet ihre These von der dialektischen Verschränkung von Herrschaft und Alltag etwa damit, dass die Bürger in ihren Alltagsnischen den angestauten Ärger über die Misshelligkeiten des sozialistischen Staates loswerden konnten, um sich umso angepasster ins System einfügen zu können. Nur dank ihrer informellen Netze vermochten sie überdies die Versorgung mit den Konsumgütern und Dienstleistungen zu sichern, die in der sozialistischen Planwirtschaft zu Mangelwaren wurden. Der gesellschaftliche Eigen-Sinn wirkte auf diese Weise systemstabilisierend und blieb noch in der Abgrenzung von der staatlichen Macht durch und durch von der sozialistischen Realität geprägt.

Wie sehr zugleich Kritik und Affirmation in der DDR ineinander verwoben waren, lehrt die Praxis der so genannten Eingaben, die in der DDR das Fehlen eines unabhängigen Verwaltungsrechts zu kompensieren hatten und sich im statistischen Durchschnitt auf rund 70 000 Bürgerbeschwerden pro Jahr beliefen. Die Eingabe war ein Ventil, um der angestauten Unzufriedenheit Luft zu machen, sie diente dem Regime als Quelle zur Erkundung der Stimmung in der Bevölkerung und sie wirkte in gewissen Grenzen als funktionales Äquivalent, um punktuell Mängel der wirtschaftlichen und sozialen Versorgung auszugleichen. Natürlich bildet sich in der vorgegebenen Rhetorik der Eingabenpraxis nicht die empirische Wirklichkeit des Lebens im ostdeutschen Sozialismus ab. Wie viel Mühe mochte aufgewandt, wie viel Furcht betäubt, wie viel Papier zerknüllt worden sein, bevor die Empörung über die

Benachteiligung so kanalisiert und verpackt war, dass sie als Erfolg versprechende Beschwerde an die Staatsführung adressiert werden konnte?

Gerade darum aber bildete die Eingabep Praxis eine Wirklichkeit zweiter Ordnung ab, nämlich die den Lesern und Schreibern geläufigen Routinen des fiktionalen Diskurses, die die parteiinternen Informationsberichte über Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung ebenso beherrschten wie die von „Realitätsverdrängung“ bestimmte Selbstverständigung im Politbüro oder den von Landolf Scherzer protokollierten Zahlenargwohn eines SED-Kreissekretärs: „Nein, meint der Erste, es gebe natürlich keine zwei Wahrheiten – eine für die Berichte und eine für den Alltag -, aber wenn man nicht zur Ehrlichkeit gezwungen werde [...]. Der Parteitag hat die Aufgabe gestellt, die Zahl der Industrie-Roboter in der Republik bis 1990 um 80 000 zu erhöhen. Das war richtig und enorm wichtig. Nun kommen manche Betriebe, damit sie vorerst ihre Ruhe haben, auf die Idee, eine Kohlenschaufel, mit der man nach wie vor mit der Hand schippt, die sich aber per Knopfdruck nach der Arbeit selbständig säubert, als Roboter zu melden!“

Vorspiegelungen und Hinterlisten gehören zum Alltag einer diktatorisch beherrschten Gesellschaft, in der *code switching* und *double speech* ebenso wie das Lesen zwischen den Zeilen unentbehrliche Strategien sozialer Selbstbehauptung bildeten. Die kultur- und wissenschaftsgeschichtliche DDR-Forschung hat gezeigt, wie gründlich der Staatssozialismus die Zensur des öffentlichen Wortes zu einem gesamtgesellschaftlichen Selbststeuerungssystem auszubauen vermochte, dessen Kontrollmechanismen gleichermaßen Biermanns Lieder wie Ulbrichts Reden oder Goethes Farbenlehre („Keine Einwände. Einverstanden“) erfassten. „Zensur“ bedeutete bei näherem Hinschauen keineswegs allein die rohe Unterdrückung missliebiger Äußerungen, sondern das totalitäre Ideal einer sich wechselseitig kontrollierenden und anspornenden Denkwelt, in deren arbeitsteiliger Organisation Produzent und Begutachter auf gleicher Stufe standen und in der permanenten Auseinandersetzung um das Sagbare und das Unsagbare zuweilen auch Bündnisse schließen konnten – etwa um die Erteilung der Druckgenehmigung zu beschleunigen und in der Konkurrenz um Papierkontingente zu bestehen oder um ein „problematisches Buch“ durchzubringen, ein „brisantes Thema“ anzugehen. In diesen Mühen der Ebene wird die DDR als „durchherrschte“ Gesellschaft fassbar, womit nicht so sehr gemeint ist, dass die eiserne Faust der totalitären Herrschaft die Gesellschaft bis in ihre feinsten Verästelungen umklammert gehalten habe, sondern dass das Alltagsleben in der DDR signifikant stärker auf Herrschaft bezogen war als in freiheitlichen Gesellschaften mit ihren unabhängigen Kontrollinstanzen des Rechts und der medialen Öffentlichkeit. Die DDR kannte keine grundsätzlich politikfernen Bereiche, – in ihr war das Private tatsächlich politisch. Dies galt aus der Sicht der Herrschenden, weil auch ein falsch gesetzter Buchstabe im Vorwort eines Medizinlehrbuches die Front zum Klassenfeind aufweichen konnte. Und es galt aus der Sicht der Beherrschten, weil auch die Suche nach einer denkbar unpolitischen Beschäftigung in eine Nische *im* Sozialismus führte, deren Bedeutung sich entscheidend durch ihre Nähe oder Distanz zur Macht definierte.

Zudem unterlag die Beziehung zwischen Herrschaft und Alltag in der DDR in starkem Maße zeitlicher Veränderung. Ihre Alltagserinnerungen an die guten Jahre datieren die unterschiedlichen Milieus und Gruppen der DDR-Gesellschaft auf ganz unterschiedliche Zeiten; die Integrationskraft des sozialistischen Systems erwies sich für Arbeiter und soziale Aufsteiger besonders in den fünfziger Jahren, während Intellektuelle insbesondere die siebziger Jahre als Ära neuer Hoffnungen erlebten und Kleingewerbetreibende und Selbständige allenfalls die Erosionsphase des Regimes als halbwegs „goldene Jahre“ empfanden. Erst in dem sich abzeichnenden Zusammenbruch des Regimes fanden die unterschiedlichen Phasenbildungen der einzelnen Gesellschaftssegmente wieder in einer gemeinsamen Schlussetappe zusammen, die durch die Herrschaft und Alltag gleichermaßen erfassende Emanzipation von bisherigen Ordnungsvorstellungen geprägt war: Aus Staatsfeinden wurden Menschen und aus Kämpfern gegen die Konterrevolution prügelnde Polizisten, wie das MfS den nicht mehr einzudämmenden Bewusstseinswandel von Kampfgruppenangehörigen im Herbst 1989 charakterisierte, während sich in der Bevölkerung die routinemäßige Korrektur von Kommunalwahlergebnissen im Mai 1989 zu einem nicht mehr zu unterdrückenden Skandal auswuchs und die kühle Abschreibung von Botschaftsflüchtlingen, denen keine Träne nachzuweinen sei, zu einer unerträglichen Verhöhnung, die in den Worten von Christa Wolf „viele Menschen, auch mich, wahnsinnig getroffen hat“.

Im Moment der politischen, wirtschaftlichen und mentalen Systemkrise zerfielen die lebensweltlichen Denkmuster, die die Gehorsamsbereitschaft der DDR-Gesellschaft in den Institutionen der Macht ebenso wie in den kleinen Räumen des sozialen Nahbereichs gesichert hatten – nicht im blutigen Kampf ging die zweite deutsche Diktatur zugrunde, sondern in der lautlosen Auszehrung ihrer Herrschaft im Alltag.

III. Gründe für die Heftigkeit der Debatte um Herrschaft und Alltag

Wie erklärt sich vor diesem eher unspektakulären Hintergrund die Heftigkeit der Debatte um Herrschaft und Alltag in der untergegangenen DDR? Meine These ist, dass es gar nicht um die für die NS-Geschichte längst anerkannte Erkenntnisleistung einer alltagsgeschichtlichen Diktaturforschung ging, sondern schlicht um die Konkurrenz unterschiedlicher DDR-Narrative.

Wir haben es mit einem mehrfach gespaltenen Milieugedächtnis zu tun, in dem voneinander abgeschottete Bilder der DDR-Vergangenheit weitgehend unverbunden nebeneinander stehen. In bezug auf den Untergang des SED-Staates etwa lässt sich von einer politisch dominanten „Revolutionserinnerung“ sprechen, die den öffentlichen Diskurs wie das offizielle Gedenken beherrscht und die DDR als einen im Herbst 1989 mutig überwundenen Unrechtsstaat konturiert. Schon die den Begriff der „friedlichen Revolution“ vielfach meidende Alltagssprache im Osten der Republik deutet zugleich die parallele Existenz einer gesellschaftlich dominanten ‚Wendeerinnerung‘ an, die sich mit der dauerhaften Spaltung von öffentlichem Geschichtsbild und individueller Erfahrung abgefunden hat.

Der Aufsehen erregende Auftritt ehemaliger Offiziere der Staatssicherheit bei einer Veranstaltung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hob drittens die stabile Geltungskraft eines weiteren und gut organisierten Milieugedächtnisses früherer DDR-Eliten in die Öffentlichkeit, in dessen geschichtsrevisionistischer Anchluss Erinnerung die DDR als Normalstaat und die Vereinigung als koloniale Unterwerfung erscheint.

Ein Schulbeispiel für den Austrag der Kontroverse um die richtige Erinnerung bietet die breit rezipierte Schroeder-Studie über das DDR-Wissen von Schülern.⁶ Unabhängig von ihren methodischen Mängeln und naiven Annahmen über Struktur und Reichweite historischen Lernens in der Schule markiert sie das Problem, dass das DDR-Bild der (westdeutschen) Forscher nicht mit dem DDR-Bild der befragten Schülergruppen übereinstimmt – sie korreliert Nicht-Wissen mit Sympathie für die DDR; Wissen hingegen mit Abneigung. Die eigentliche Leitfrage der Schroeder-Studie richtete sich nicht auf Kenntnis oder Unkenntnis über die DDR, sondern auf den Kontrast von lebensweltlicher Überlieferung und Systemwissen, und sie zielte weniger auf das fehlende Wissen als auf das falsche. „In familiären Gesprächen wird Jugendlichen ein selektives DDR-Bild vermittelt“ (603), lautet folglich der zentrale Befund der empirischen Erhebung, die anklagend darauf verweist, dass viele Lehrer aus dem Westen von „Widerständen seitens der Elternschaft (berichten), wenn es um die Vermittlung der dunklen Seiten des SED-Staates geht“. (604f) Wie sich auf diese Weise einmal mehr bestätigt, ist jedenfalls in Ostdeutschland das kommunikative Familiengedächtnis dem in der Schule vermittelten Geschichtsbewusstsein an Geltungskraft schlicht überlegen: „Eine in vielen ostdeutschen Schulen kaum überwindbare Barriere stellen Eltern und Großeltern von Schülern dar, die das von kritischen Lehrern vermittelte DDR-Bild zurückweisen und ihren Kindern ihre eigene nostalgische Sicht gleichsam aufzwingen.“ (604)

Folgerichtig verlangt die Schroeder-Studie „direkte Anordnungen von Ministerien“, um ein Weiterwirken der „in der DDR erworbenen mentalen Prägungen“ und „in den verschiedenen Milieus“ die Weitergabe von „Fragmente(n) eines Geschichtsbildes an jüngere Generationen“ zu unterbinden. „Anstatt DDR-Geschichte weich zu zeichnen [...], scheint es sinnvoller, die aktive und passive Auflehnung der Bevölkerung gegen die Diktatur [...] stärker in den Fokus der Analyse zu stellen. Dies böte die Möglichkeit einer Identifikation mit Werten wie Freiheit und Demokratie, die in großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung immer noch unterentwickelt sind. Die Verklärung des Sozialen behindert zudem den endgültigen Abschied von der Unmündigkeit, die in der DDR mit den sozialen Versorgungssystemen verknüpft war und Loyalität erzeugen sollte.“ (S. 106f)

Die Fachwissenschaft ist gegenüber solchen Oktrois weitgehend immun. Aber auch Geschichtsunterricht und politische Bildung haben Argumente, um diesem naiven Austausch eines privaten Arrangementgedächtnisses durch ein öffentliches Diktaturgedächtnis zu begegnen:

⁶ Ingrid Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder, Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München 2008

Der Begriff des Alltags markiert die Stelle, an der Institutionen und Normen wie Demokratie und Diktatur erfahrbare Wirklichkeit werden und sich mit menschlichem Handeln verbinden. An der Alltäglichkeit des Nationalsozialismus hat die Forschung ihr Paradigma des dem „Führer entgegenarbeiten“ entwickelt, das die kumulative Radikalisierung der NS-Herrschaft erklärt. Nur die Beschäftigung mit dem Alltag gibt dem kleinen Widerstand gegen das Regime seinen Ort zurück. Nur die Beschäftigung mit dem Alltag arbeitet einer Verharmlosung der Diktaturen des 20. Jahrhunderts entgegen, die sie zu leicht identifizierbaren Abnormitäten verzerrt. Die eigentliche Wirkungskraft der Großen Gesänge aber lag eben darin, dass sie im täglichen Leben als Norm anerkannt und zur Normalität veralltäglicht wurden.

Der lebensgeschichtliche Alltag wird im Geschichtsbewusstsein des zusammenwachsenden Deutschlands stark nachgefragt, wie etwa die Besucherzahlen für das DDR-Museum in Berlin-Mitte belegen. Wenn wir dieses Bedürfnis nicht aufgreifen, überlassen wir es den anderen, die es dann mit Ostalgieshows aller Art bedienen, anstatt es kritisch aufzugreifen. Ostdeutschen Geschichtsinteressenten den Blick auf den Alltag zu verweigern, führt zum Bürgerkrieg gegen die Bevölkerung, die sich ihre eigenen Angebote sucht und ihre Sehnsuchtsorte schafft.